

„Wollt Ihr den totalen Euro?“

Gespannt blickten die Pleitestaaten der Eurozone und die sie finanzierenden Pleitebanken Anfang September nach Deutschland, denn schließlich urteilte hier das Verfassungsgericht des wichtigsten Garantiegebers über die Zulässigkeit der dem deutschen Steuerzahler zur „Rettung“ der gesamten Eurozone „alternativlos“ aufgebürdeten Risiken.

Wer bislang glaubte, Justitia hätte nur deshalb verbundene Augen, um Recht unabhängig von der Person zu sprechen, musste nach der Klageabweisung durch das Verfassungsgericht erkennen, dass die Augenbinde auch für ganz Simplex stehen kann: nicht sehen wollen!

Obwohl das Gericht betonte, dass das Budgetrecht des Deutschen Bundestags nicht „entäußerbar“ ist, also zukünftige Bundestage Selbiges in eigener Verantwortung ausüben können müssen, und sogar erkannte, dass die per Euro-Stabilisierungsmechanismus-Gesetz und Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz „bedingungslos und unwiderruflich“ ausgesprochenen Gewährleistungsermächtigungen (!) über insgesamt 170 Mrd. Euro (zzgl. Kosten und Zinsen!) Deutschlands „Haushaltsautonomie“ im Fall der Einlösung gefährden können, hielt es die Vision der deutschen Politik von den Vereinigten Schuldenstaaten von Europa in Winkeladvokatenmanier am Leben.

„Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande.“ (Heiliger Augustinus, aus Papst-Bundestagsrede vom 22.09.2011)

Trotz der bedrohlichen Fakten konnte das Gericht keine „justiziable Begrenzung des Umfangs von Gewährleistungsermächtigungen“ herleiten, auch, weil es den Einschätzungsspielraum des Gesetzgebers, „hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit für Gewährleistungen eintreten zu müssen, respektieren“ wolle?! ([BVerfG, 2 BvR 987/10](#) vom 07.09.2011) Damit hat das hohe Gericht also „entschieden“, dass die Parlamentarier einerseits das Haushaltsrecht nicht aufgeben dürfen, es aber andererseits im Ermessensspielraum der Politik liegt, dieses faktisch doch zu tun!

Diese Verweigerung des Rechtsschutzes wird Deutschland nach Stand der Dinge mit eigenem Wohlstandsverlust teuer bezahlen müssen, genügt doch der gesunde Menschenverstand, um zu erkennen, dass die Wahrscheinlichkeit für die Inanspruchnahme Deutschlands in diesem geplanten Schuldenübernahmesystem bei exakt 100 % anzusiedeln ist. Selbst wenn man annähme, dass die traditionellen Defizit- und Inflationsländer (PIIGS) zukünftig nicht dem Anreiz unterlägen, auf Kosten deutscher Transfers leben zu wollen (Wahrscheinlichkeit 0 %), und nach einer gigantischen Rosskur tatsächlich zukünftig auch ohne Neuverschuldung auskommen sollten (Wahrscheinlichkeit 0 %), müssten die nächsten Generationen dort bereit und in der Lage sein, nachhaltige Leistungsbilanzüberschüsse zu erarbeiten, um überhaupt an eine Schuldenrückzahlung denken zu können (Wahrscheinlichkeit 0 %). Denn Grundvoraussetzung dafür ist Wettbewerbsfähigkeit; diese ist nun aber als direkte Folge der 12-jährigen Einheitswährung inzwischen nicht nur verloren gegangen, sondern lässt sich allein mit Blick auf die beängstigend hohe [Jugendarbeitslosigkeit](#) (Portugal: 26,9 %, Irland: 31,9 %, Italien: 27,6 %, Griechenland: 42,9 % und Spanien: 46,2 %) innerhalb des Eurosystems

realistischerweise auch nicht mehr wieder herstellen. So sehr sich die politisch Verantwortlichen auch bemühen diese und andere Wahrheiten zu verdrängen und durch eigene Realitäten ersetzen zu wollen, so bleibt doch die Aussage des österreichischen Ökonomen Eugen Böhm Ritter von Bawerk (1851-1914) unverrückbar bestehen: „*Politische Macht vermag das ökonomische Gesetz niemals außer Kraft zu setzen.*“

Dass die Schuldenberge der PIIGS auch ein Ergebnis der permanenten Leistungsbilanzdefizite sind, erschließt sich der Politik bis heute nicht, obwohl doch schon ein Blick auf das [Target2-Konto](#) der mittlerweile als Schattenbank der EZB im Hintergrund fungierenden Bundesbank die ökonomische Absurdität des gesamten Eurosystems offenbart. So finanziert die sich selbst als „[Hausbank des Staates](#)“ bezeichnende Bundesbank seit Ausbruch der Bankenkrise 2007 nun auch (!) jenseits der bekannten Rettungsschirme durch Einräumung offensichtlich unbegrenzter Kreditlinien den deutschen Export in die Pleiteländer - mit bisher schon (uneinbringlichen) 402 Mrd. Euro! (siehe Grafik)



Aus der vor gut 1 ½ Jahren der Bevölkerung versprochenen einmaligen, und nur 110 Mrd. Euro kosten sollenden „Griechenlandhilfe“, sind nach Berechnungen des ifo-Instituts über sichtbare als auch versteckte „Ertüchtigungen“ zum Erhalt des unhaltbaren Status quo inzwischen mehr als 1,67 Billionen Euro geworden. Statt zur „*Stärkung des Euros als Ganzes*“ (Angela Merkel) nur mit dem 22,4 Mrd. Euro Anteil einmalig für das sich gerade auf [Panzer-Einkauf-Shoppingtour](#) (!?) befindliche Griechenland einzustehen, haftet Deutschland nun „alternativlos“ für alle; ifo-Chef Prof. Sinn folgend im Fall der Pleite von vier der fünf PIIGS-Staaten allein schon mit über [465 Mrd. Euro](#) - knapp dem Doppelten der jährlichen Steuereinnahmen! Sollte auch noch Italien seine 1,868 Billionen Euro (Stand Q1 2011) Staatsschulden lieber dem als Einladung konstruierten EFSF „anvertrauen“ wollen, müssen auch wir angesichts einer trotz (noch) sprudelnder Steuereinnahmen immer weiter steigenden Verschuldung Deutschlands ([2,072 Billionen Euro](#)) nicht mehr lange über mögliche Ratingfolgen oder tragbare Zinsbelastungen reden, sondern nur noch über den Zeitpunkt der ... eigenen Pleite!

Das nach Worten des Bundestagspräsidenten Lammert „*wahrscheinlich wichtigste Gesetz der laufenden Legislaturperiode*“ - die „Ertüchtigung“ des Haftungsfonds [EFSF](#) (eine Luxemburger Zweckgesellschaft außerhalb des EU-Vertrages!) um weitere 88 Mrd. Euro an Steuergeld-Garantien - winkte die Mehrheit der gering qualifizierten Parlamentarier im Bundestag am 29. September 2011 frei nach dem Motto „mit [leerem Kopf](#) nickt es sich leichter!“, wie auch die anderen Ermächtigungsgesetze zuvor, wiederum geübt durch. Und das, obwohl die


EUrokraten in Brüssel bereits vor der Abstimmung Pläne zur Hebelung (!) der Mittel („Wir suchen einen Mechanismus, wie wir aus einem Euro im EFSF fünf machen können.“) präsentierten, und die schon jetzt auf Bad Bank-Status geschrumpfte und von PIIGS-Notenpressenexperten übervölkerte EZB zur Umsetzung eines Schneeballsystems mit PIIGS-Anleihen in den Mittelpunkt stellen wollen.

„Wir sollten niemals aus den Augen verlieren, dass der Weg zur Tyrannei mit der Zerstörung der Wahrheit beginnt.“ (Bill Clinton, 42. Präsident der USA)

Als wenn es den [Artikel 38](#) des Grundgesetzes nicht geben würde („Lass mich mit so einer Scheiße in Ruhe.“, Kanzleramtschef Pofalla zum Parteikollegen Bosbach), sollten bzw. wurden die Kritiker aus den Reihen der Regierungsparteien (un)sanft auf den mit Denkverboten gepflasterten „mehr Sozialismus, [weniger Demokratie wagen](#)“-Pfad der Kanzlerin Merkel geleitet. Doch das Totalversagen der absolut widerspruchslosen parlamentarischen Opposition (Ausnahme Die Linke) in dieser Frage übertraf dabei sogar noch das der Koalition. Hand in Hand sind sich die „Volksvertreter“ in den „Blockparteien“ darüber einig, Deutschland staatsstreichartig ein zweites Versailles aufzuzwingen, während Bundeskanzlerin Merkel zu jeder Gelegenheit immer wieder dasselbe Märchen aus Absurdistan verbreitet: Der Fortbestand des Euro sei eine Frage von „Krieg und Frieden“, denn „die Geschichte sagt uns: Länder, die eine gemeinsame Währung haben, führen nie Krieg gegeneinander.“ – außer in den USA, China, Jugoslawien, der Sowjetunion ... Treffend wie kaum ein anderer kommentierte der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler diese unglaublichen Vorgänge: „Ich wünsche der Angela Merkel und dem Wolfgang Schäuble wirklich alles Gute bei ihrer Euro-Rettung – aber ich wäre halt dankbar, wenn man die Demokratie nicht abschaffen würde dabei.“

Unter Ausnutzung der selbst verschuldeten Staatsschuldenkrise der mit deutschen Niedrigzinssätzen 12 Jahre lang verwöhnten PIIGS-Staaten soll nun ein „undemokratischer europäischer Superstaat“ (Frank Schäffler) entstehen – mit gemeinsamen Schulden, gemeinsamen Steuern, einem Minimum an nationalen Kompetenzen und geplanten Verträgen ([ESM](#)), die eine Machtergreifung der Brüsseler Bürokraten vorsehen. Das ist, den Worten des slowakischen SaS-Parteivorsitzenden und erklärten Gegner der als Akt der Solidarität verkündeten Gläubigerrettung (Bankensozialismus) Richard Sulik zustimmend,

„wirtschaftlicher Hochverrat“!



Dipl.-Kfm. Martin Mack



Dipl.-Kfm. Herwig Weise



Volker Schnabel

MACK & WEISE
VERMÖGENSVERWALTUNG

COLONNADEN 96 · 20354 HAMBURG
TEL 040/35 51 850 · FAX 35 51 85 11
INFO@MACK-WEISE.DE · WWW.MACK-WEISE.DE